

Stand: 27.07.2024 03:52:35

Initiativen auf der Tagesordnung der 9. Sitzung des SO

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1781 vom 12.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2567 des SO vom 16.05.2024
3. Initiativdrucksache 19/2010 vom 26.04.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2729 des SO vom 02.07.2024



Antrag

der Abgeordneten **Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Bericht zur Frühsexualisierung in Bayerns Kindertageseinrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich vehement gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder in Kindertageseinrichtungen im Freistaat einzusetzen. Dazu bedarf es zunächst einer Untersuchung, wie weit die Frühsexualisierung in den bayerischen Kindertageseinrichtungen vorangeschritten ist.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, alle in Art. 2 Abs. 1 Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) genannten Kindertageseinrichtungen in Bayern dahingehend zu überprüfen, ob im Zuge des Bildungs- und Erziehungsauftrages eine Frühsexualisierung stattfindet. Dabei ist genau zu untersuchen, welche Programme hierbei zu tragen kommen, und es ist dafür Sorge zu tragen, dass eine Kindertageseinrichtung, welche Frühsexualisierungsprogramme anbietet, sofort diese Programme einstellt und die verantwortlichen Personen sofort freigestellt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis zum 29. Juni 2024 über die Ergebnisse zu berichten.

Begründung:

Auf allen politischen Ebenen und propagiert von NGOs (Nichtregierungsorganisationen), wie der WHO, hält die Frühsexualisierung unserer Kinder immer mehr Einzug, und das schon in einem sehr frühen Alter. So wurde auch in Kindertageseinrichtungen in Bayern das sogenannte Original Play praktiziert¹, bei dem fremde Erwachsene meist Männer mit den Kindern „rangeln“. Bei einem derart engen Körperkontakt ist auch sexueller Missbrauch nicht ausgeschlossen, weshalb „Original Play“ vielerorts auch in Bayern verboten wurde.

Die damalige Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Kerstin Schreyer sagte:

„Das sogenannte Original Play öffnet dem Missbrauch Tür und Tor. In Kitas hat das nichts verloren. Wir behalten uns vor, die Förderung für Einrichtungen einzustellen, die diese Methode anwenden oder dafür ihre Räume zur Verfügung stellen. Die Aufsichtsbehörden sind angewiesen, ein besonderes Augenmerk auf das „Original Play“ zu haben.“²

Doch das „Original Play“ ist nicht die einzige Form der Frühsexualisierung unserer Kinder. Das Repertoire ist in dieser Hinsicht noch viel größer. So spricht man aktuell von „Sex-Räumen in Kitas“ oder von „Körpererkundungsräumen“. Das alles hat in Kinderbetreuungseinrichtungen und generell überall da, wo Kinder betreut werden, nichts verloren. Genauso wenig wie Drag-Queen-Lesungen für Kinder im öffentlichen Raum.

¹ <https://www.nzz.ch/international/kita-spiel-original-play-einfallstor-fuer-paedophile-ld.1519959>

² <https://www.bayern.de/familienministerin-kerstin-schreyer-original-play-hat-in-kindertageseinrichtungen-nichts-zu-suchen-wir-behalten-uns-konsequenzen-vor-kinderbetreuung/>

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch der Einfluss der WHO auf die Gesundheitssysteme der Mitgliederländer. Die WHO als Nichtregierungsorgan propagiert eine Sexualpädagogik im frühesten Kindesalter. So werden Kinder bereits ab der Geburt als „sexuelle Wesen“ erklärt, welche mit einer Sexualerziehung „befähigt“ werden sollen, ihre „sexuellen Rechte“ selbstbestimmt wahrzunehmen. Das angebliche Ziel ist, eine sogenannte neue sexuelle Gesundheit einzuführen.³

Das Ausleben „frühkindlicher Sexualität“, „frühkindlicher Masturbation“ und Doktorspiele im Kita-Alter sollen hier als Präventivmaßnahme vor sexuellem Missbrauch vermarktet werden. Die Wahrheit ist aber, dass unsere Kinder über ihre Schamgrenzen hinweg und unter der aggressiven Propagierung der links-woke und genderideologisierten Agenda der linken vermeintlichen „Weltoffenheit“ geopfert werden.

Wir fordern also alle in Art. 2 Abs. 1 BayKiBiG genannten Kindertageseinrichtungen in Bayern zu überprüfen, ob im Zuge des Bildungs- und Erziehungsauftrages eine Frühsexualisierung stattfindet. Darunter fallen alle Formen der Sexualisierung, Sexualerziehung oder Geschlechtererforschung und Körpererkundung.

Im Zuge der Untersuchung ist sofort einzuschreiten, falls jedwede Form von oben genannten Arten der Frühsexualisierung praktiziert wird. Hier ist ein sofortiger Stopp anzuordnen und die verantwortlichen Personen sind bis zur Klärung freizustellen.

Wir fordern die Staatsregierung auf, dem Landtag bzw. im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie und Jugend bis zum 29. Juni 2024 zu berichten.

³ https://www.bzga-whocc.de/fileadmin/user_upload/BZgA_Standards_English.pdf



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/1781

Bericht zur Frühsexualisierung in Bayerns Kindertageseinrichtungen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Elena Roon**
Mitberichterstatlerin: **Melanie Huml**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Dr. Stefan Ebner, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Leistungsstärke und Erfahrungsschatz der älteren Bevölkerung besser nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- a) sich auf Bundesebene für attraktivere Rahmenbedingungen für die Arbeitstätigkeit von Rentnerinnen und Rentnern sowie für die Beschäftigung bis zur Regelaltersgrenze einzusetzen,
- b) über die Maßnahmen der Staatsregierung zur besseren Hebung des Arbeits- und Wissenspotenzials im Alter sowie zur Sicherung der Grundversorgung unserer Bevölkerung dem Landtag zu berichten und dabei auch auf die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt „Talente in Rente“ sowie auf die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu den Themen berufliche Weiterbildung, lebensbegleitendes Lernen, Gesundheitsförderung und demografieorientierte Arbeitsorganisationen einzugehen.

Begründung:

Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist einer der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Der Fachkräftemonitor des Bayerischen Industrie- und Handwerkskammertags prognostiziert bereits für das Jahr 2030 einen Fachkräfteengpass in Höhe von über einer halben Millionen Fachkräfte in Bayern. Dieser absehbare Engpass ist bereits jetzt einer der dominierenden Sorgen der bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Gemäß der Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern in Bayern zum Jahresbeginn 2024 sehen 57 Prozent der dort befragten Betriebe den Arbeitskräftemangel als eine der größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Betriebs in den kommenden 12 Monaten.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigen, dass die bessere Nutzung des Arbeits- und Wissenspotenzials der älteren Bevölkerung einen wichtigen Hebel bieten kann. So lag die Erwerbstätigenquote im Jahr 2022 in der Altersgruppe der 55 bis 59-jährigen noch bei 82,2 Prozent, während sie in der Altersgruppe der 60 bis 64-jährigen

bereits nur noch bei 63,2 Prozent lag und bei der Altersgruppe der 65 bis 69-jährigen nur noch bei 19,1 Prozent.

Wesentliche Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit liegen zum einen im Bereich des Steuer-, Abgaben-, Arbeits- und Sozialrechts und damit im Wesentlichen auf Bundesebene. Zum anderen bieten sich aber auch in Bayern, gerade im bewährten Zusammenspiel mit den Sozialpartnern, Möglichkeiten zur Förderung einer längeren Beteiligung am Arbeitsmarkt und damit zur besseren Nutzung der Leistungsstärke und des Erfahrungsschatzes der älteren Bevölkerung.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Thomas Huber u.a.
CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/2010**

Leistungsstärke und Erfahrungsschatz der älteren Bevölkerung besser nutzen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Martina Gießübel**
Mitberichterstatlerin: **Julia Post**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Enthaltung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 12. Sitzung am 2. Juli 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
SPD: Enthaltung
Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende